

Gürteler Volksbote.

Organ für die Interessen der verlässlichen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 916

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Gürteler Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Feiertag) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Zehnhausstrasse Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierjährlich 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Zeitungsliste Nr. 4063 a, letzter Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergepaßte Seite oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296

Dienstag, den 19. Dezember 1905.

12. Jahrg.

Preise einer Beilage.

Sittliche Wiedergeburt.

he. Herr ein Minister im Pleium des Reichstags sich über den Polizeistaat und den groben Materialismus der herrschenden Klassen beschwert, wie es jüngst seitens des Grafen Posadowitz geschehen, so ist das immerhin einer Betrachtung wert, auch wenn man, wie wir, die Herren Minister nicht ohne weiteres für politische Autoritäten hält. Das überlassen wir dem Spießbürgertum. Aber Graf Posadowitz hat während seiner Amtszeit sich einen gewissen Grad sozialpolitischer Erfüllung erworben und ist noch seinen Kollegen um eine Kleinigkeit voraus. Nichtsdestoweniger macht der Herr Graf die ganze reaktionäre Unter- und Agrarierpolitik mit, was ihn natürlich nicht davor hat „etw.“ gehalten zu werden.

Zurmerhin ist sein Verständnis nicht gerade tief. Denn wenn er sagt, die materialistische Sozialdemokratie könne nicht durch die gleifalls vom Materialismus ausgefressenen Klassen der Besitzenden überwunden werden, so verwechselt er den von der Sozialdemokratie gepflanzten wissenschaftlichen Materialismus mit dem rohen sinnlichen Materialismus der Bourgeoisie und Aristokratie. Im Gegenteil ist es der wissenschaftliche Materialismus, der den Waffen der Sozialdemokratie für den geistigen Kampf ihre Schärfe verleiht.

Dass auch der historische Materialismus diesem Staatsmann ein Buch mit sieben Siegeln bleibt, begreifen wir somit vollkommen. Überhaupt hat das Reichsamt des Janzen in historischen Dingen schon allerlei Karosse zu Tage gefördert. Man denke nur an jene kleine „Denkschrift“, mit welcher die Forderungen für den Wiederaufbau der Hohenzollernburg begründet werden sollten. Das ehemalige berüchtigte Raubritterkastell wurde als eine Stammburg der Hohenstaufen und als ein Pfalzplatz deutscher Kultur dargestellt.

Nunmehr empfiehlt Graf Posadowitz den herrschenden Klassen Deutschlands eine sittliche Wiedergeburt wie im Anfang des 16. und im Anfang des 19. Jahrhunderts. Darin sieht er das einzige Mittel zur Überwindung der Sozialdemokratie.

Was die Reformationszeit betrifft, so kann man in selber wohl einen Anlauf zu einer „sittlichen Wiedergeburt“ bewerten, aber eine solche selbst bei den damals herrschenden Klassen ganz gewiss nicht.

Überhaupt ist mehr als einmal schon angeregt worden, man möge doch als das Ende des Mittelalters und den Anfang der Neuzeit nicht die deutsche Kirchenpaltung, sondern die Gründung der Buchdruckerkunst betrachten. Doch das nebenbei. Dass die großartige Bewegung der Geister zur Reformationszeit schließlich in eine Kirchenpaltung auslief, kann man doch nicht als „sittliche Wiedergeburt“ betrachten, und noch weniger die schreckliche Mordlust, mit welcher die herrschenden Klassen von damals die demokratische Revolution, den Bauernkrieg von 1525, niederschlugen. Dieser Aufstand, dessen Ziel eine freie deutsche Reichsverfassung war, wie sie in des Kanzlers Wendel Ficker Entwurf aus noch vorliegt, hätte weit eher eine Wiedergeburt Deutschlands bewirken können, als das pfälzische Gesamt Kaiser und anderer Reformatoren. Die nach dem Bauernkrieg so brutal einzehrende Reaktion auf allen Gebieten aber bedeutet eher das Gegenteil einer sittlichen Wiedergeburt der herrschenden Klassen von damals.

Auch die Berufung auf die „Wiedergeburt“ Preußens nach der Schlacht von Jena beweist uns die Unzulänglichkeit der historischen Ausfassung des Grafen Posadowitz. Denn auch jene Regeneration blieb beim Versuch stecken; sie erreichte allerdings den Zweck, dass preußische Volk zum tapferen Kampfe im Fürstenfreiherrnkrieg gegen Napoleon zu begeistern, aber dann kam der Wehrstau der Reaktion über die junge Staat. Preußen war damals der künftlich verfaulste „musterhafte“ Junkerstaat. Der berühmte Stein schrieb bereits vom preußischen Adel: „Er ist ungebildet, hilfsbedürftig, anmaßend; er drängt sich in alle Stellen vom Marschall bis zum Posthalter und Stadtinspektor; er sieht den Bürgerklassen durch die Stellen, die er ihnen entzieht, durch die Ansprüche, die er stellt, im Wege, und er führt unter sie durch seine wenige Bildung herunter.“

Aus den Grundsätzen Steins, nach denen er die Regeneration Preußens durchführen wollte und die er in einem Briefe skizzirt hat, heben wir hervor:

„Der Wille jeden Throns ist der Wille freier Menschen.... Das Wohl und Wehe des preußischen Staates hängt davon ab, dass eine allgemeine Nationalrepräsentation gäldet wird.... Der Adel muss reformiert und mit den übrigen Ständen in Verbindung gebracht werden.... Die Hüpforgie des Staates muss auf den Unterricht des Volkes und die Erziehung der Jugend gerichtet sein“ usw. Wöhrend Stein die Liberalität aufhob und Gewerbefreiheit und Religionsfreiheit einführte, sah Stein vor der neuen Armee mit seinem berühmten Kämpfersystem, nach dem die

Rekruten entlassen wurden, sobald sie eingeziert waren. Diesem Heer wurde nicht in dreijähriger Dienstzeit „Gefinnung“ eingetrichtert und doch erholt es seine glänzenden Siege im Jahre 1813.

Aber das eingestellte Junkertum hatte den Reformen Steirs immer grimmigen Widerstand geleistet und nach dem Siege, als die versprochene Verfassung nicht eingeführt wurde, blumt eben dies Junkertum und mit demselben eine unverschämte Realität vogelte wieder die Oberhaupt, worauf sich die preußische Politik nach innen und nach außen dem Metternichschen System anpasste. Friedrich Wilhelm III. war jedes „Schaffement“, jede Erhöhung zu wider und die weiseste Politik war ihm die „Calmierung“, die „Beruhigung“ der Völker, die „Stabilität“, wie sie Metternich erstrebt.

Man sieht, die historische Weltion, die Graf Posadowitz den herrschenden Klassen erteilen wollte, war ziemlich schwach. Dass er ihrem groben Materialismus und dem Polizeistaat einen Teil der Schuld an dem Wahnen der Sozialdemokratie zugeschoben, hat aber die Wut der Junker- und Scharfmacherblätter gereizt. Sie sind einig darin, die Rebe des Staatssekretärs sei „nicht staatsmännisch“ gewesen, und sie fordern Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie statt einer sittlichen Wiedergeburt der herrschenden Klassen. Da hat Graf Posadowitz tatsächlich in ein Wespennest gegriFFen; aber er tat nicht nach dem alten Spruch und griff nicht fest genug zu. Wie könnte er auch? Und wie kam er überhaupt zu der Naivität, dass die herrschenden Klassen von heute zu einer sittlichen Wiedergeburt veranlagt wären?

Die Schnapphähne, „die sich die Mühe gegeben haben, geboren zu werden“, erblicken die „sittliche Wiedergeburt ihrer Kaste“ in den hohen Getreide- und Fleischpreisen, die nun endlich, zur geprisenen „Zeit der Ernte“, eintreten; die Finanzaristokratie, die Börsenvampyre, die Großkaufleute und Schlossjunker, die Dividendenjäger und Dividendenjäger und alle die Leute vom arbeitslosen Erwerb erblicken ihre „sittliche Wiedergeburt“ in einer Verdopplung der Goldströme, die in ihre Taschen fließen. Den Kraut- und Schlossjunkern, die erst in diesen Tagen die Erbschaftssteuer als eine „Plünderung der Reichen“ bezeichneten, passt es nicht, von einem Staatssekretär historische Lektionen vorgetragen zu bekommen und zur Opferwilligkeit ermahnt zu werden. Dieser unbekomme Staatssekretär wird „fliegen“, sobald jene die Macht dazu besitzen. Und seine Mahnungen waren doch so scharf! Aber die Sozialdemokratie könnte für sich Kapital daraus schlagen und in diesem Moment wird auch ein Kapitalverbrechen daraus.

An sich sind uns solche Mahnungen gleichgültig; sie bleiben vollkommen wirkungslos. Hat doch auch Fürst Hahnsfeldt-Trauenberg kürzlich eine weit schärfere Mahnung in demselben Sinne erlassen, die man totschwieg. Der Fürst war allerdings nicht Staatssekretär.

Die ganze Affäre und der nun hinterher schimpfende Junker- und Bourgeoischwarm zeigt uns nur, wie möglich es bei den oberen Zehntausend überall bestellt ist, bei dem Mohren und bei den Gemahnen!

Sittliche Wiedergeburt.

Deutschland.

Die letzte Reichstagssitzung vor Weihnachten. Der Reichstag war am Freitag schon um 11 Uhr verjammelt. Zuerst nahm er die zweite Lektion der in der Budgetkommission durchgesetzten südwestfälischen Bahnvorlage vor. Die Vertreter der bürgerlichen Oppositionsparteien schrieben ihre Bebenken in den Schornstein und die Vorlage wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion abgelehnt. Dann wurde mit der Beratung des Staats fortgefahrene. Der freisinnige Volksparteier Dr. Abrahams brachte ein geradezu erdrückendes Anklagematerial gegen die deutschen Kolonialgräuel vor. Prinz Hohenlohe antwortete ausweidend, aber doch höflich, dogegen leistete sich ein gewisser, bisher in weiten Kreisen unbekannter Legationsrat König eine Redeweise, wie sie selbst im Deutschen Reichstage selten untergeordneter Regierungsbürokratie bisher nicht üblich war. Dann brachte der Abgeordnete v. Gerlach von der freisinnigen Vereinigung ein paar Lauten vor, die die gewohnt schändige Steuerhinterziehung der Junkerschaft beleuchteten. Natürlich tönte die Rechte über den „Rezessaten“. Staatssekretär Graf Posadowitz tat verblüffte Abfälle für das schwere Verbrechen, die Besitzenden in Deutschland nicht für lautere Engel gehalten zu haben, und polemisierte, um von den Junkern wieder in Gnade angenommen zu werden, gegen die Sozialdemokratie. Den Rest der Rede füllten eine Kapuzinade Ehren-Südkehrs und eine Spaz und Scharfmacherrede des sattsam belämmerten bürgerlichen Junkers Gamper aus, zwischen die eine wie immer sehr unabediente Stengel. Redete sich einschob. Dann vertagte ich das Hand auf eine halbe Stunde.

In der zweiten Freitagsitzung nahm der Reichstag zunächst die dritte Beratung der südwestfälischen Eisenbahnbvorlage vor. Zentrum und Freisinnige, die noch vor einigen Tagen ihren Widerspruch gegen den Bau der Wupper-Eisenbahn

manifestiert hatten, sind inzwischen nationalliberal umgefallen. Zu dem Unfall der Freisinnigen schrieb Dr. Müller-Sagan einen lendenlahmen Kommentar — nur unsere Freisinnigen, in deren Namen Genossen Ledebour eine schneidende Kritik der gesamten neudeutschen Kolonialpolitik übte, hielt ihren grundäthischen Standpunkt fest und stimmte gegen die Vorlage. — Dann wurde fortgesungen mit der Beratung des Staats. Trotz vorgerückter Stunde wussten die ziemlich harren Oppositionsparteien des Freisinnigen Gothein, des Polen Grafen Mielochynski und des süddeutschen Demokraten Blumenthal noch das Haus zu fesseln. Dann aber machten an den Räumen, an den Tribünen und am Saale die Folgen der ausgedehnten Dauerfahrt sich geltend. Einige der Abgeordneten nach dem anderen drückte sich, um nach Muttern oder sonst wohin zu fahren. Die Tribünen entleerten sich und selbst die elektrischen Lampen erloschen, wie zur Zeit des Obstruktionstampons.

So fand das Rededuell Erzberger-Helfrich fast kein Publikum mehr. Was man auch immer von dem Zentrumsbenjamin und seiner Großmarnsucht denken mag, in diesem Duell schlägt er eineswegs schlecht ab. Das steht fest: es ist nicht nur etwas, sondern viel faul in der deutschen Kolonialpolitik. Um 9½ Uhr kam endlich das Ende des grausamen Spiels. Große Teile des Staats wurden an die Budgetkommission verwiesen und mit den üblichen Weihnachtswünschen sandte Präsident Graf Ballerstädt die noch anwesenden 12 Abgeordneten, Regierungskommissare und Stenographen in die Weihnachtsferien, die bis zum 9. Januar dauernd sollen. Ein prächtiges Menü reichlicher Steuervorschläge erwartet an diesem Tage den heimkehrenden Reichstag.

Der sächsische Wahlrechtskampf. Am gestrigen Sonntag fanden in Dresden sieben starkbesuchte Volksversammlungen statt. Im Anschluss hieran soll es nach einer Meldung des „Homb. Corr.“ zu Zusammenstößen mit der Polizei kommen sein. Diese Meldung aus Dresden vom 17. Dezember besagt: „Heute Nacht haben hier in Anschluss an sieben sozialdemokratische Volksversammlungen wiederum Straßenprotestationen stattgefunden, die zu ernsten Zusammenstößen mit der Polizei führten. In sämtlichen starkbesuchten Versammlungen wurde nach scharfen Reden ein Beschluss zu gunsten des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gefasst. Hierauf gingen die Besucher von fünf Versammlungen ruhig auseinander, während die in den „Blumenälen“ und im „Erlanen“ Versammelten unter dem Anflug der Marschallaise in dichten Massen nach dem Stadtmuseum zogen, wo sie durch das starke Polizeiaufgebot zum Teil mit blanke Waffe vertrieben wurden. Ein mehrere tausend Mann starker Haufe zog durch die Seer- und Pragerstraße nach der Wienerstraße, um vor der Wohnung des Ministers v. Meissel zu demonstrieren. Bei der Goethestraße trat ihm ein starkes Polizeikommando entgegen und drängte ihn zurück. Hierauf fiel ein Schuss aus der Menge, durch den ein Gardarum im Gesicht verwundet wurde. Auch wurde die Polizei mit Steinen und spitzen Eisenstücken beworfen. Nunmehr zogen die Polizisten zu Pferde und zu Fuß blank und trieben die johlenden und schimpfenden Demonstranten nach allen Seiten auseinander. Zwei weitere Schüsse, die aus der Menge abgefeuert wurden, scheinen niemanden getroffen zu haben; wohl aber kam es sonst vielfach zu Verletzungen, und erst in der dritten Morgensunde wurde die Ruhe wiederhergestellt. Etwa 20 Personen wurden verhaftet. Von 18 Verwundeten, die ins Krankenhaus gebracht wurden, konnten nach Anlegung von Verbänden nach kurzer Zeit 14 wieder entlassen werden.“ Es ist jederbar, dass bei solchen Anlässen fast regelmäßig ein „Schuss aus der Menge“ fällt, der dann den Anlass zu polizeilichem Einwirken gibt. Häufig, ja, recht häufig sogar ist bei anderen Anlässen festgestellt worden, dass dieser „Schuss aus der Menge“ von einem von gewisser Seite gedungenen Subjekt abgegeben worden ist, um der Polizei Anlass zum Haarauf und Stocken zu geben.

In Chemnitz sollen nach demselben Blatt mehrere tausend Teilnehmer einer Wahlrechtsversammlung die Hauptstraße durchgegangen haben. Sie demonstrierten vor der „Allg. Zeit.“ und wollten nach dem Rathaus ziehen und fanden schließlich in ein förmliches Handgemenge mit der Schutzmannschaft, von der sie jedoch zurückgedrängt wurden. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor. — Auch hier wollen wir authentische Berichte abwarten.

In Leipzig hat die Polizei den Protest gegen die Wahlrechtsvergleitung dadurch unterbunden, dass sie einfach die Protestversammlungen verbietet, weil die „Unzumutbarkeit“ der Einleitung zu Straßendemonstrationen lediglich die Einleitung zu Straßendemonstrationen bildet. — Der Kampf gegen das Wahlrecht soll hintangehalten werden durch ein Polizeirecht, durch die administrative Aushebung eines der wichtigsten Grundrechte des Volkes, des Versammlungsrechtes. Die höheren Instanzen werden zu entscheiden haben, ob die Eindrosselung der Versammlungsfreiheit durch diesen Polizeirecht in den Gesetzen des Landes

eine Stütze findet. — Der Wahlrechtskampf aber geht trotz dieser Versammlungsverbote weiter!

Wahlfälschungskrieg. Wegen Wahlfälschung verurteilte die Strafkammer in Thorn den Altkarabiner Reich aus Preußen zu einer Woche Gefängnis. Wegen Anprichtung wurden zwei Polen, Goruski zu zwei Wochen und Gentlewski zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Reichstagsberatungswahl im 16. sächsischen Wahlkreise, die infolge der Mandatsniederlegung Schippels nötig wurde, findet am 13. Februar statt. Von sozialdemokratischer Seite ist bekanntlich der Redakteur der "Chemnitzer Volksstimme", Genosse Nossle, aufgestellt worden. Die bürgerlichen Parteien haben noch keinen Kandidaten nominiert. Sie wollen angeblich einen gemeinsamen Kandidaten aufstellen, damit sie das Leid des Durchfalls nur einmal tragen.

Eine Reminiszenz. An den Vorsitzenden der Seeberufsgenossenschaft hat Wilhelm II. ein Telegramm gerichtet, wonach ihm "der ehmäßige Besuch der außerordentlichen Delegierten-Versammlung der Seeberufsgenossenschaft, für die Witwen und Waisen der deutschen Seeflotte eine gesicherte Fürsorge zu übernehmen, mit großer Freude und hoher Befehligung" erfüllt. Er "beglückwünscht die Seeberufsgenossenschaft zu diesem hochherzigen Entschluß" und gibt seinem "wärmsten Dank" Ausdruck. Hauptsächlich ist es der Seeberufsgenossenschaft diesmal mit der "gesicherten Fürsorge für die Witwen und Waisen der deutschen Seeflotte" ernst und handelt es sich nicht bloß um eine Wohlfahrtseinrichtung nach bekanntem Muster, die viel verspricht und recht wenig hält. Gerade der Seeberufsgenossenschaft gegenüber muß man in dieser Hinsicht außerordentlich skeptisch sein, wenn man sich erinnert, wie von dieser Förderung vor fast zehn Jahren über den Wert der Unfallverhütungsvorschriften geschrieben wurde. In einem Schreiben der Seeberufsgenossenschaft vom 18. Februar 1896, des seinerzeit auch im Reichstag zur Lesung gelangte, heißt es u. a.:

Die Unfallverhütungsvorschriften haben u. S. weniger einen direkten praktischen Nutzen, als daß sie zur Dekoration dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vorsichtig die Seeberufsgenossenschaft alles getreut hat, wie sie alles bedacht hat, für die Reeder denkt und sorgt, kann die Rühe des eigenen Denkens und die Gewissheit abstrakt und je in jeder Weise befrüchtet werden. Von diesem Gesichtspunkte aus, zweine ich, sollten wir jede aufkommende Frage durch eine hässliche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Mundus vult decipi. (Die Welt will betrogen werden.)

Zunächst kann man sich über Absicht und Zweck der zum Schutz von Leben und Sicherheit der Arbeiter erlassenen Gesetze kaum äußern, als es in diesem Schreiben geschieht. Und deshalb wird man gut tun, auch die Resultate der jetzt angeführten neueren Wohlfahrtseinrichtung der Seeberufsgenossenschaft abzuwarten, bevor man Lobeshymnen darüber aufklaut. Die künftige Gesellschaft hat sich bisher bei ihren Wohlfahrtseinrichtungen fast ausnahmslos den Satz zur Richtsäule genommen: Mundus vult decipi! und des Arbeitens in den allermeisten Fällen Steine statt Brod gebot.

Zum zweiten Vizepräsidenten der badischen Kammer wurde Gen. Seeg gewählt.

Eine tiefgehende Erhöhung hat, so wird dem "Bad. Tagebl." aus Strasburg gefügt, die brabantsche Zigarettenproduktion von Zigaretten sowie Zigarettenpapier in Elsass-Lothringen, drittem kleinsten Sigarettenlande, heraufgerissen. Bemerklich ist die Mode des Zigarettenrauches im Reichslande früher verbreitet als das Zigaretten von Zigaretten typisch für das Land der rot weisen Grenzpfähle. Man kann sich daher leicht ausmalen, daß der Brustfeind gegen die neue Steuerordnung im Elsass-Lothringen weit größer ist als sonst. Die erhitzte Spannung gegen das beschäftigte Seels ist in einer öffentlichen Versammlung, die von Fabrik, Zigaretten- und Zigarettenfabrikanten, Händlern, Agenten, Arbeitern und Konsumanten statt fand, in feindslicher Weise zum Ausdruck. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es heißt: "Der von der Reichsregierung vorgelegte Seels ist in einer öffentlichen Verhandlung aller Fabrikarbeiter bestimmt für die Zigarettenindustrie eine sehr schwere Schädigung, als die früher abgelaufene Fabrikarbeiter. Denn die Verhältnisse bei der Zigarettenproduktion sind so schrecklich, daß sie über 80 Proz. des Betriebs in Elsass-Lothringen und den Nachbarländern ausgenutzt wurde und das in Frankreich zu engagiert Kapital wäre mit einem Schlag entwertet."

Vom politischen Kriegsjahresplan. Die gleichmäßige Streitkraft veranlaßte den Redakteur des polnischen Blattes "Das Säbel", Stanislaw Rozanski, gegen die Arbeiter, welche die Sozialdemokratie gegen einander zu drei Monaten Gefangen sind — Daß die Säbelkämpfer nicht Streiken will, sei die Sache zu gutes Denken.

Der Reichstags- und Landtagsgesetzgebete Kammer legt ein Gesetz vor, welches keine Mandate mehr. Es besteht im Reichstage des Reichsstaates, eine höhere Bedeutung.

Stahlband.

Der Kampf um die Freiheit ist jetzt am stärksten in den Dampfschiffen entzündet. In Polen sind bei diesem Streitkampf, bei dem der Polizei erheblich geopfert ist, 2 Offiziere und 6 Soldaten gefallen. Bei Samsonow (Riga) wurden 120 Dragoner von einer Ulanenattacke besiegt; 40 Dragoner fielen, der Rest hat nur Verwundete. Auf der Riga-Dampfer ist ein Militärzug aufgesiedelt; über 200 Gefallene wurden dabei getötet.

Das Stahlband wird gesucht, das bestreite in hellen Zeichen steht.

Die Rigaer Stadtoberleitung steht unter Befehl der Rigaer mit den Hauptmannen in Besitznahme. Sie ist weiterhin bei Riga für die Herstellung

von 17 Gefilden, unter denen sich auch vier deutsche Reichsangehörige befinden, daß die lettische Republik anerkannt und eine völlige Loslösung von Russland zugesagt werde. Alle Posten und Postaufzahlungen sollen erlassen sowie der Kriegs- und Lagerungszustand aufgehoben werden.

Der Ernst der Situation erhellt auch aus nachfolgender Wolff Meldung aus Berlin: Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler den Oberpräsidenten von Ostpreußen erzählt, sofort je einen Dampfer für Riga, Libau und Revel zu chartern, damit sie im Notfalle für dortige deutsche Reichsangehörige zur Verfügung stehen.

Der "Volks-Anzeiger" läßt sich melben: In Riga überfielen Aufständische das Stationsgebäude und räubten die Kasse. Kaipau wurde ebenfalls überfallen. Die 19 bewachenden Dragoner konnten gegen die Angreifer nichts ausrichten. Beim Dragoner wurden dabei erschossen und drei schwer verwundet. Der Rist ließerte schließlich die Gewehre aus.

Nach einer unkontrollierbaren Meldung ging am 15. Dezember von Libau ein Geschwader von mehreren Kriegsschiffen ab, um sich nach Riga zu begeben. Die Schiffe haben den Befehl, die Stadt zu bombardieren.

Die Säuberung in der Moskauer Garnison führte infolge schlechter Kost zur offenen Meuterei des Rotstromischen Regiments. In einer Versammlung wurden von ihm zahlreiche politische und wirtschaftliche Forderungen aufgestellt. Der Kommandant nahm keinen Abschied. Das Kommando übernahm ein von der Mannschaft gewähltes Komitee von 20 Personen. Das Astrakan-Regiment schloß sich den Meutern an. Die Kavallerie lehnte es ab, die Revolte mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Dem "Daily Telegraph" wird von einem Berichterstatter aus Riga erzählt über Tokio gemeldet, daß ein russischer Dampfer mit 745 in Vladivostok verhafteten Meutern an, nach Odessa bestimmt, dort eingetroffen ist. Die Leute an Bord berichten, daß überall große Verschwörung herrsche und die Unruhen auch nach China übergriffen. Aus Tsifler wird gemeldet, daß der Brücke auf der Bajkalseebahn in beschränktem Maße wieder aufgenommen worden ist und mit Soldaten aufrecht erhalten wird.

Um Russlands finanziellen Rücken herbeizuführen, habe, wie "Wolffs Bureau" vom Freitag aus Petersburg meldet, der Arbeiterschaftsrat, das Hauptkomitee des Bauernvereins, das Zentrale und Generaldirektion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und das Zentralkomitee der Partei der Sozialrevolutionäre ein "Manifest" veröffentlicht, in dem nach einer Kritik der Regierung und der wirtschaftlichen Lage erklärt wird, keine Abzahlungszahlungen und andere Staatspapiere zu entrichten, bei Kaufabschlüssen und Lohnzahlungen nur Gold, bei Zahlungen unter 5 Rubel nur litigende Münze als Gegenwert anzunehmen, aus dem Sparfassen und der Reichsbank die Erträge zurückzuziehen und diese in Gold zu verlangen, und schließlich Zahlungen für solche Anleihen, die zu einer Zeit abgeschlossen wurden, als sich die Regierung in offenem Kampf gegen das Volk befand, nicht zugelassen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Veranstaltung einer friedlichen Massenversammlung am Vorlage der Öffnung des ungarischen Parlaments, also am morgigen Dienstag, beschloß die sozialdemokratische Partei.

Eine Landarbeiter-Organisation. Der ungarische Minister des Innern hat die Statuten des Landesverbands der ungarischen Feldarbeiter, welcher jetzt schon 50 000 Mitglieder zählt, genehmigt. Die Feldarbeiter werden für ihre Betriebsinteressen und für die politischen Forderungen der Sozialdemokratie Ungarns kämpfen.

Frankreich.

Ein Gelbbuch über Marocco. Ein Gelbbuch, das am Donnerstag zur Großausstellung gelangte, wird in politischen Kreisen als das wichtigste Schriftstück bezeichnet, das in den letzten 20 Jahren veröffentlicht wurde. Der erste Teil beschreibt sich in der Geschichte mit den zahlreichen Grenzübertrittungen und Grenzüberschreitungen an der marokkanisch-algerischen Grenze. Die erste Unterredung, die zwischen dem Reichstag und dem französischen Botschafter über Marocco stattgefunden, datiert vom 23. Juli 1901. In dieser Unterredung gab Fürst Radolin an, daß Frankreich wegen der Grenzüberschreitung eine Kause abzumachen zu Ratko erwarte. Am 21. April 1904 berichtete der Kaiser die Botschaft in Berlin an Delcasse, daß der französische Kaiser beabsichtige, der deutschen Politik in Marocco einen neuen Standpunkt zu geben. Am 23. März 1904 richtete Delcasse einen Brief an den französischen Botschafter in Berlin, worin er Mitteilung über eine Unterredung macht, die er mit dem Kaiser Radolin gehabt habe. In dieser Unterredung stellte Fürst Radolin an Delcasse die Frage, ob es sehr sei, daß ein Vertrag mit England unterzeichnet würde, oder auf dem Pariser Höhe unterzeichnet zu werden. Delcasse erwiderte, es sei kein Vertrag mit England unterzeichnet worden, aber Frankreich habe seit längerer Zeit in Verhandlungen mit England, um die Schwierigkeiten, die zwischen England und Frankreich seit der Italienkriegsfrage bis zur Maroccofrage bestanden, zum besten der Interessen Frankreichs zu löschen. Was er gehabte Fragen Radolins erklärte Delcasse, daß der Botschafter den französischen Standpunkt über Marocco geklärt hätte, da er schon mehrere Ratsprotokolle mit ihm getroffen habe. Da dem Dokument heißt, Frankreich wolle seine jüngste Territorial-Politik beibehalten und sich darauf beschränken, die bestehenden Wege zu verbessern. Dieser klärt seinen Brief an den französischen Botschafter mit den Worten: Fürst Radolin habe meine Erfahrungen für notwendig und sehr geeignet und dankte mir sehr lebhaft, ihm diese Mitteilungen gemacht zu haben.

Die Dokumente des Gelbbuches widerlegen dann die Behauptungen der Presse, wonach der französische Gesandte in Marocco der marokkanischen Regierung ein Ultimatum präsentiert und "im Namen Europas" gesprochen habe. Am 6. Oktober teilte Delcasse den Mächten die Unterzeichnung des französisch spanischen Vertrages über Marocco mit. Am 10. Juni teilte Fürst Radolin Frankreich mit, daß Frankreich hinter Marocco Deutschland stände werden. Am 11. Juni 1905 teilte Radolin ihm gezeigt habe, die deutsche Regierung beachtigte den Status quo ante in Marocco aufrecht zu erhalten, wenn Frankreich sich zu einer internationalen Konferenz verstehe. Am 23. Juni „drängte“ Fürst Radolin auf die Einberufung der Konferenz. — Der Eindruck des Gelbbuches in der Kammern und in der Presse ist: es beweise, daß Frankreich Deutschland und England mit Spanien amtielle, wenngleich nicht formelle Mitteilung gemacht habe. Laillander habe nie einen „europäischen Ausdruck“ bei dem Begriff vorgebracht, Deutschland habe ein Jahr lang nur Handelsinteressen wahnehaten wollen, Delcasse habe Radolin im April 1905 angeboten, in Sonderverhandlungen einzutreten, und Radolin und auch Radolin seien in Gesprächen mit Radolin und Bihourde bis zu kaum verhüllten Kriegsdrohungen gegangen. — Eine weitere Meldung aus Paris sagt: Die Stimmung ist infolge des Gelbbuches pessimistisch, man befürchtet, daß es gleich zu Beginn der Marokkonferenz in Algiercas zu ersten Bewaffnungen kommen werde.

Italien.
Eine Ministerkrise steht in Italien bevor. Trotzdem am Sonnabend in der Deputiertenkammer der Ministerpräsident erklärte, daß die Ablehnung der handelspolitischen Vorlage, betr. Italien, die Auflösung des Kabinetts zur Folge haben würde, lehnte die Kammern die Vorlage mit 293 gegen 135 Stimmen ab. Der Rücktritt des Kabinetts steht bevor.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 18. Dezember 1905.

Buzug von Schlachtern nach Niel ist dringend fernzuhalten, da die dortigen Gefallen wegen ihrer Organisationszugehörigkeit von ihren Meistern ausgesperrt werden sind.

Buzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunewerft ausgesperrt sind!

Zum Kampf gegen die Sozialdemokratie fordert unter dem Diktat der Unionismus ein moderner Don Quixote auf der Fleischwiese des Untergusses den Reichsverein auf. Zur Erheiterung unserer Leser und in Anbetracht des geringen Umfangs wollen wir das famose „Eingeckt“ nachstehend zum Abdruck bringen. Es lautet:

Wo bleibt der Reichsverein?
Wie die Reichstagsreden beweisen, wird die Sozialdemokratie immer frecher und drohender, und auch ihr geschäftliches Leben haben die Bürger durch sie viel Ärger und Schädigung. In Berlin ist nun ja allerdings ein Verein gegen dieselbe gegründet, der Beiträge sammelt. Könnte dies nicht der Reichsverein hier in die Hand nehmen? Ich bin Mitglied des Reichsvereins, aber seit langem ist ein Beitrag nicht eingefordert. Überhaupt scheint mir, haben die offiziellen Kreise die Schädlichkeit der Sozialdemokratie im täglichen geschäftlichen Verkehr noch nicht voll und ganz gewußt.

Ohne weiteres sei zugegeben, daß die Sozialdemokratie manchem beschränkten Spießer viel Ärger und Verdruss verursacht. Tritt sie doch dafür ein, daß auch der Arbeiter dasselbe Recht erhält, wie der von ihm unterhaltene Kapitalist. Und das schmerzt natürlich den letzteren, der nur sein Geld, und nicht den Menschen schätzt. Der Reichsverein, der Sammelpunkt der hiesigen Reaktionäre, soll nunmehr nach obigem Vorfall die Vernichtung der Sozialdemokratie betreiben. Wir glauben, daß es für diesen Zweck keine unschädliche Körperchaft gibt, als gerade der Reichsverein. Hat doch derselbe fertig gebracht, die nationalliberalen Stimmen bei jeder Reichstagswahl zu vermindern, während die sozialdemokratische Wählerschaft ständig wuchs. Es ist kaum anzunehmen, daß dies in Zukunft anders wird, auch dann nicht, wenn mehr Gelder eingehen, als das bisher der Fall war. Im übrigen sind die nationalliberalen Herren recht zäh im Geben, und ihr Patriotismus hört meistens beim Geldbeutel auf. Auch beim Sozialistenländer scheint es nicht anders zu sein, denn obwohl ihm die Sozialdemokratie viel Ärger und Schädigung verursacht hat, zahlt er, nach eigenem Geständnis, seit langem keinen Beitrag mehr. Der Läufschrei dieses bärnierten Spießers wird weder in den Kreisen des Reichsvereins Anklang finden, noch irgend etwas zur Schädigung der Sozialdemokratie beitragen.

Ein schweres Unfall ereignete sich am Freitag vormittag bei der Firma Gossmann u. Jürgens. Beim Entlösen des Dampfers "Freia" starb der Arbeiter J. Böhm von einem 17 Fuß hohen Stapel, schlug unten auf einen niedrigen Stapel und zog sich einen Arm-, Finger- und Maßenbeinbruch zu. Vielleicht wäre der Unfall nicht passiert, wenn das unsinnige Alkoholsystem nicht bei der Firma Iusus wäre, denn die Arbeiter müssen sich abhalten, um bei den niedrigen Alkoholpreisen noch einige Mark zu dem Wochenlohn herauszuschlagen. — In demselben Tage verunglückte bei der gleichen Firma der Arbeiter Schulz dadurch, daß er zwischen einem Kipper, der zur Mühle gefahren wurde, und einen festen Stapel Brotter geriet. Auch Schulz mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Eine Protest-Versammlung gegen die geplante Brauerei eröffnung fand am gestrigen Sonntag im Vereinshaus statt. Genosse Stelling legte in einer einstündigen Auseinandersetzung die Ursachen, sowie die schädlichen Folgen dieser Erhöhung insbesondere für die Brauereiarbeiter aneinander. Zum Schluß forderte er die Brauereiarbeiter auf, sich alle einmütig der Organisation anzuschließen, um so gerüstet und gewappnet den drohenden Kampf gegenüberzutreffen. In der Diskussion wies der Leiter der Versammlung noch auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sowie auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hin, worauf folgende vom Referenten begründete Resolutionen die einstimmige Annahme der sehr gut besuchten Versammlung fand:

Resolution 1.

In Erwagung, daß die schon lange anhaltende Fleischsteuerung, die eine Ab schwächung kaum mehr erfahren wird, die gesamte Arbeiterschaft und so auch die Arbeiter der Brau- und Malz-Industrie in unerträglichem Maße belastet; daß nach Inkrafttreten der Handelsverträge im näch-

ten Jahr durch die dann folgende Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfssachen die Kosten für die Arbeiter als Konsumenten immer drückender und unerträglicher werden;

dass sich aus Vorstehendem die dringende Notwendigkeit einer angemessenen Erhöhung der Löhne der Arbeiter, auch der Arbeiter der Brau- und Malz-Industrie, die aber schon sehr erschwert wird infolge der Besteuerung der Rohprodukte der Brauindustrie durch die Handelsverträge, aber noch weit mehr erschwert werden würde durch die ungeheueren neuen Lasten, welche der Brauindustrie durch die Erhöhung der Brausteuer von der Regierung aufzubüden befürchtigt wird und die auch sicher zahlreiche und große Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern hervorrufen würden;

in fernerer Erwähnung,

dass schon durch die Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfssachen infolge der Handelsverträge die Arbeiterklasse als Hauptkonsument des Bieres den Bierkonsum auß äußerste einzuschränken gezwungen wird, wodurch eine große Zahl Arbeiter der Brau- und Malz-Industrie existenzlos werden;

dass der Bierkonsum noch weit mehr eingeschränkt werden wird, wenn die Brauereien zum Ausgleich der ihnen durch die Brausteuer-Erhöhung zugesetzten Lasten das Bier verteuern, wodurch eine weitere größere Zahl Arbeiter der Brau- und Malz-Industrie existenzlos wird;

dass im Falle die hierfür maßgebenden Großbrauereien von einer Besteuerung des Bieres Abstand nehmen, und sich durch Ausdehnung des Absatzgebietes schadlos halten, die dann einzogene schrare Konkurrenz zur baldigen Vernichtung der Klein- und Mittelbrauereien und folglich zur Entlassung ihrer Arbeiter führen wird;

protestiert die heutige, vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter einberufene Versammlung der in den Brauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen beschäftigten Personen auf das entschiedenste gegen die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Brausteuer, sowie überhaupt gegen jede höhere Besteuerung des Bieres als eine Maßnahme, die gegen die Interessen der Arbeiter der Brau- und Malz-Industrie und gegen die Existenz von Tausenden der selben gerichtet ist."

Resolution II.

Die heutige Versammlung der in Brauereien, Malzfabriken und Bierniederlagen beschäftigten Personen erkennt in Rücksicht auf das in Resolution I Dargelegte die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller Arbeiter über bezeichneten Betriebe an, um in der Lage zu sein, notwendige Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zu erzielen und jede eventuell beabsichtigte Schädigung ihrer Interessen zu verhindern. Dieser feste und wirksame Zusammenschluß ist nur in der Organisation gegeben, deshalb verpflichten sich die Unbescheidenen, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter beizutreten, soweit sie noch nicht Mitglieder derselben sind, um dafür zu wirken, dass auch der legitime Arbeiter dieser Betriebe am Ort zur Organisation herangezogen wird."

Unsere Postabonnenten ersuchen wir, die Erneuerung des Abonnements für das 1. Quartal 1906 bei den Postämtern bald möglichst zu beschaffen zu wollen, damit in der Lieferung des Blattes im neuen Vierteljahr keine Störung eintritt.

Die Post-Paketthalter für den Verkehr mit dem Publikum werden am Sonntag, den 24. Dezember, in demselben Umfang und während derselben Zeiten, wie an Werktagen geöffnet sein. Ebenso wird die Bestellung der Pakete an diesem Tage wie an Werktagen stattfinden.

Nener Oberlehrer. Der Senat hat den Kandidaten des höheren Lehramts Dr. phil. Carl Sander in Clausthal zum Oberlehrer am Katharineum ernannt.

Schifferkontrollversammlungen. Am Mittwoch, den 3. Januar 1906, vorm. 10 Uhr, findet in Lübeck auf dem grünen Platz neben der alten Kaserne eine Schifferkontrollversammlung statt, zu welcher nur Leute vom Kontrollplatz Lübeck zu erscheinen haben und zwar: 1. sämtliche Mannschaften der Marine-Reserve und Seewehr I. Aufgebots; 2. sämtliche Marine-Ersatz-Reservisten; 3. die zur Disposition der Erfüllungsbehörden entlassenen und die zur Disposition der Marineteile beurlaubten Mannschaften der Marine und 4. diejenigen schiffahrtreibenden Mannschaften des stehenden Heeres, welche bei den allgemeinen Frühjahrs- und Herbstkontrollversammlungen nicht zugegen gewesen sind. Sämtliche

Militärpapiere sind mitzubringen. Unausschuldigtes Fehlen wird mit Arrest bestraft. Besetzung von der Kontrollversammlung wird nur in besonders dringenden Fällen erlaubt. Den Befreiungsgesuchen sind die Militärpässe beizufügen.

Senator Berling hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Senator niedergelegt. Berling, der im 64. Lebensjahr steht, wurde im Jahre 1893 in den Senat gewählt. Natürlich bringen die bürgerlichen Blätter lange Berichte über die Karriere des nunmehr zurückgetretenen Senators. Der "Gen. Ans." glaubt als ganz besonderes Verdienst Berlings herausheben zu müssen, dass letzterer in seiner amtlichen Tätigkeit keinen Unterschied zwischen Arm und Reich mache. Wir müssen gestehen, dass dies doch eigentlich nicht mehr wie selbstverständlich sein sollte. Oder ist das vielleicht bei anderen Senatoren und Beamten nicht der Fall? Wann die Ernennung des neuen Senators stattfindet und wer Nachfolger Berlings werden soll, steht noch nicht fest.

Aus dem Gerichtsaal. Der Bauunternehmer, früher Lüdke B., war vom Schöffengericht wegen Unterjuchnung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Buhdler, an denen sich der Lieferant das Eigentumsrecht vorbehalten hatte, weiterverkaufte. Gegen das Urteil hat B. Berufung eingelegt, die am Sonnabend vor der Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Erfolg war der, dass gegen B. nunmehr auf 14 Tage Gefängnis erkannt wurde. — Wegen Februarwuchs wurde die geflügelte Frau B. zu 6 Wochen und der Arbeiter M. zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Der Konsum-Verein für Lübeck und Umgegend hielt am 14. Dezember im "Vereinshaus" seine ordentliche Generalversammlung ab, in der über das erste Geschäftsjahr berichtet wurde. Die Versammlung war gut besucht, namentlich auch von Frauen. Beim 1. Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbereich, den der Geschäftsführer gab, wurde hervorgehoben: Der Verein wurde am 14. November 1904 von 99 Genossen gegründet und am 13. Dezember in das Genossenschaftsregister eingetragen. Am 22. Juli d. J. wurde die erste Verkaufsstelle in der Fleischhauerstraße Nr. 30 eröffnet. Bei der Gründung war die Zahl der Mitglieder auf 239 gestiegen; 37 Mitglieder sind noch beigetreten, in Summa also 276. Davon sind ausgeschieden durch Tod 2, durch Kündigung 2, verbleiben am Schlusse des Geschäftsjahres 272 Mitglieder. Der Geschäftsanteil derselben beträgt 4077 Mk. Der Umsatz betrug vom 22. Juli bis 31. September 1905 657 Mk. Pf. pro Mitglied. Es haben 165 Mitglieder Marken abgeliefert im Werte von 6154 Mk., während 107 Mitglieder keine Marken abgeliefert resp. keine Waren gekauft haben. Letzteres ist sehr zu bedauern, da unsere Waren sich an Güte und an Preiswürdigkeit mit allen anderen am Markt messen können. Der Geschäftsführer appelliert an die Mitglieder und deren Frauen, freu auf Genossenschaft zu halten und durch rechtliche Warenbezug dies zu betätigen. Die Aktiven bezahlen 5851,36 Mk., die Passiven 6031 Mk., der Verlust 183,41 Mk. Der Verlust von 183,41 Mk., welcher in den 9 Wochen entstanden ist, geht zur Befürchtung keinen Anlass; er ist entstanden durch Einrichtungskosten und nicht wiederkehrende Ausgaben. Der Gewinn aus Waren betrug in der kurzen Zeit 1353,99 Mk. und berechtigt zu guten Hoffnungen, wenn nur die Mitglieder ihre Pflicht erfüllen und sämtliche Waren in ihrem eigenen Geschäft kaufen. Es wurde dann zur Wahl eines Geschäftsführers und Revisors geschritten. Zum Geschäftsführer wurde Herr Albert Hengs gewählt, zum Revisor Herr Georg Stark. Ferner wurden noch in den Aussichtsrat die Herren Waldburger, Schröder und Stoggenkamp gewählt. Der folgende Punkt der Tagesordnung: "Beitritt zur Unterstützungsstiftung Angestellter Deutscher Konsumvereine" wurde wegen der vorgebrachten Zeit bis zur nächsten Generalversammlung im Januar vertagt.

Das Weihnachtsmärchen hat mit dem gestrigen Tage wieder seinen Einzug in unser Theater gehalten. Wie in früheren Jahren hatte sich auch diesmal eine stattliche Kindercharme eingefunden, um zu sehen, "Wie Kleinkinder das Christkind suchen gingen." Es gibt zweifellos schöner Märchen wie dieses, und auch solche, die weniger von Frömmigkeit trieben; doch das harmlose Kindergemüts nimmt ja jede Gabe dankbar auf. Das Weihnachtsmärchen führt den Zuschauer sowohl in das Reich der Zwergen, wie in das der Nixen, es bietet Tänze und Gesänge, sowie bunten Flitter. Und daran erfreuen sich die kleinen. Ein dankbareres Publikum, wie das

gestrige, konnten sich die Künstler nicht wünschen. — Übends gab es im Stadthallen-Theater Suppes "Schöne Schläger", sowie den Herren Vikan und Terschke recht flott zur Wiedergabe gebracht wurde; ferner die unverwüstliche "Fledermaus".

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: Dienstag findet das letzte Gastspiel von Frau Hermine Michels-Eichenbach statt. Die Künstlerin spielt die Gräfin Leachau in Schönhans Lustspiel "Komische Geschichte". Die nächste Kindervorstellung findet Mittwoch abend 7 Uhr statt. Mit neuer Ausstattung an Dekorationen und Requisiten gelangt das Weihnachtsmärchen "Wie Kleinkinder das Christkind suchen gingen" zur Aufführung. Für diese Vorstellung gelten die kleinen Preise 50, 75 Pf. und 1 Mk. Billets sind bereits im Vorverkauf zu haben.

pb. Selbstmord. In der Nacht vom 16. zum 17. ds. Monat beginnt ein Arbeiter in Wittenberg Selbstmord durch Erhängen. Schwitzeiten mit seiner Familie durften der Grund zur Tat sein.

pb. Gestellt und festgenommen wurde ein bei einem hiesigen Pferdehändler beschäftigter Knecht, der dringend verdächtigt ist, aus dem Sattel eines an der Schwartauer Allee belegenen Gasthauses ein Sieselgeschirr und eine Pferdeleine gestohlen zu haben. Festgestellt wurde, dass er die Leine bereits an einen hiesigen Vieheschlächter veräußert hatte. Das Sieselgeschirr konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Tödlicher Unfall durch ausserordentliches Leuchtgas. Der Reisende eines Zigarrengeschäfts in der Holstenstraße in Kiel wurde tot in einem Zimmer seiner Wohnung aufgefunden. Der Tod wird durch ausserordentliches Leuchtgas ausgelöst. Der Verstorbenen hatte unvorsichtigerweise einen Hahn der Gasleitung offen stehen lassen und war dann eingeschlossen. Er hatte sich erst fürztlich verheiratet.

Der Geld- und Hypothekenmakler Ferdinand Liers in Flensburg wurde auf Gründen des Bandenrichters I in Berlin wegen unlauterer Geldgeschäfte verhaftet. — Die oldenburgische Regierung legte beim Landtage einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung einer Arztekammer für das Herzogtum Oldenburg vor.

Hamburg. Eine Teuerungszulage gewährte die Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. allen ihren Angestellten, die bis zu 10 Mk. inflative wöchentlich verdienten. Die Teuerungszulage, die schon am 9. Dezember zuerst zur Auszahlung gelangte, beträgt 1 Mk. wöchentlich. — Sonnabend ist der erste Eisenbahnhug mit den frischgefangenen gewesen, Franken Japanern hier eingetroffen. Von der Hamburger Feuerwehr des Roten Kreuzes war der Vorstehende Sauer mit 60 Mann der Kolonne mit Tragbahnen etc. erschienen, um die Franken sofort aus den Eisenbahnwagen direkt an Bord des Dampfers Vancouver zu bringen. Die japanischen Herzte, die während der Reise die Franken pflegten, haben sich ebenfalls sofort an Bord des Dampfers begaben. Zwei weitere Züge mit Japanern sind gestern eingetroffen.

Kiel. Ein Majestätsbeleidigungssprozeß gegen einen polnischen Arbeiter beschäftigte die Kieler Strafammer. Angeklagt war der aus dem fernen Osten des Reiches gebürtige Arbeiter Bucowitz. Gelegenheit eines Streites mit dem Gendarmen Lemke aus Westensee soll er in der Ortschaft Wellsee bei Kiel wohl Wilhelm II., als auch den Gendarmen auf das größtmögliche beleidigt haben. Das Gericht erachtete den Polen für schuldig und verurteilte ihn zu nicht weniger als 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Wegen angeblicher Gefährdung der Staatsicherheit wurde die Verhandlung unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Briefkasten.
S. F., Stockelsdorf. Abgemacht.

Zweiter Briefkasten vom 16. Dezember.
Bauern-Gitter Pf. 1,25 Mk., Feierei-Gitter Pf. 1,40 Mk., Haken-St. 3,50 Mk., Enten-St. 3,50 Mk., Süßes St. 1,60 Mk., Küten-St. 1,20 Mk., Tauben-St. 1,00 Mk., Gänse Pf. — 82 Pf., Blügans — Pf., Schweine Pf. 0,50 Mk., Schinken Pf. 1, — Mk., Eint. Pf. 1,20 Mk., Eier 6 Stück 60 Pf., Karpfen Pf. 1,00 Pf., See-Baum Pf. 1—2,40 Mk., Karlsruhe Pf. 80 Pf., Herde Pf. 70 Pf., Brath. Pf. 70 Pf., Krabben Pf. 0,90 Mk.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Vorschlagsausschuss.
Die Sitzung kann umständlicher heute nicht stattfinden, sondern morgen Dienstag abend 8 Uhr.

G. V.

Morgen Dienstag, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ein freundliches Zimmer zu vermieten.
Schützenstraße 20a

Ein möbliertes Zimmer w. Pension
für 1-2 junge Leute. Mauer, Ecke Weberstr. 41a.

Ein Logis zu vermieten
Friedenstraße 73, I.

Ein Logis zu vermieten
Wiedestr. 36

Zum 1. Januar oder später eine abgeschl. Vorsterr.-Wohnung, enth. 2 Zimmer und Zubehör. Nähe Sedanstraße 14, I.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung von 2 Zimmern nebst Zubehör im Preise bis 150 Mk. von jungen Leuten, am liebsten vorne Tor. Zu ertragen Wiedestr. 28 I.

Ein Sitzwagen zu verkaufen
Preis 3 Mk. Wiedestr. 27, II.

Ein guter, mod. Puppenwagen
zu kaufen gesucht. Off. mit Preisang. u. PZ an die Exped. d. Bl.

Billig zu verkaufen eine 2-schlafige u. eine Kinderbettstelle und 1 Sack blaue Kartoffeln.
Watenitzmauer 128, II.

Ein gut erhaltenes Schulnähkorb
wird zu kaufen gesucht
Off. u. C. G. an die Exped. d. Bl.

Billig zu verkaufen ein guterhalt. Kinderwagen mit Gummirädern
Marle-Grube 23, III.

Zu verkaufen 1 Bettstuhl, 1 Aquarium (Größe 60 : 45), 1 Bistensartenplatte aus Marmor
Königstraße 7, pt. I

Edelstahl, blühende Topfpflanzen, Natur- und Fantasie-Kränze, Bouquets usw. Zu haben
Schützenstraße 56.

Große und kleine Tannebaumchen
sind billig zu verkaufen bei
Westphal, Wiedestr. 43

Tannebaumchen zu verkaufen
an der Mühlenbrücke und Elbstraße.
Welzin und David.

Kränze und Girlanden
zum Grabschmücken
empfiehlt in großer Auswahl
L. Dehn, Handelsgärtner
Kirchhofseingang Luisenstraße 186.

Visit-Karten
Elf ff. Elfenbeinkarten
per 100 Stück von 1 Mk. an.

Die Souvenirkarte des Lübecker Volksboten.

Zum Weihnachtsfest empfiehlt
Ahren und Goldwaren.

Gute Ware — billige Preise.
Adolf Hübner, Hümmer

Lübeck, Fünfhausen 13.

Verkauf und Reparatur unter Garantie.

Gebe rote Rabattmarken.

Ahren, Gold- u. Silberware.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen

Hümmer, Königstraße 62, bei der Wippe

Jeden Dienstag und Freitag:

Frisches

Schwarzfänger.

Heinr. Muhly

Holstenstraße 14.

Braune u. weisse Kuchen

Mandelfiguren, Käseknochen,

Konfekt, Marzipan

empfiehlt

F. Regling, Bülowstraße 1.

Zinnebaum

zu einem billigen Preise.

Triftstraße 18

und Ecke Wiedestr. (Schwartauer Allee)

empfiehlt Ferd. Reschöft.

Zum Weihnachtsfest empfiehlt:
Gewürze & Backenbacken

auf eigenen Mühlen gemahlen
Garantie für Reifeheit.

Ia. Sukkade, Mandeln, Zitronen etc.

frz. Walnüsse, Haselnüsse

Feigen, Datteln, Traubrosinen,

Kräckmandeln, Kakes und Konfekt

Apfelsinen Ia.

Tannenbaumlichter und unzerbr. Schmuck
in großer Auswahl.

Puppen-Stuben-Tapeten

Hafen-Drogerie

(vorm. W. G. Böhnel)

Untertrave 44-45.

Zur Suchenbäckerei.

Lau'schen Kuchen-Sirup,

bestes Weizenmehl,

Sukkade, Orangeat, Mandeln,

Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 296.

Dienstag, den 19. Dezember 1905

12. Jahrgang.

Ein Nachwort zur Reichstagswahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Von einem bei der Agitation tätig gewesenen Genossen wird dem "Lbg. Echo" geschrieben:

Die am 8. Dezember vollzogene Reichstagswahlauswahl im 9. schleswig-holsteinischen Wahlkreise hat dem konservativen Kandidaten mit 8874 Stimmen den Sieg gebracht, gegen 4114 liberale und 4003 sozialistische Stimmen. Gegen die Wahl von 1903 hat der Konservative 312 und wir haben 506 Stimmen verloren, während der Liberalen ein Mehr von 1099 Stimmen zu verzeichnen hat. Die Wahlbeteiligung war eine stärkere gegen 1903, denn es wählten diesmal 16 996 gegen 16 742 im Jahre 1903. Trotz dieser stärkeren Beteiligung haben wir eine bedeutende Ausfall an Stimmen zu verzeichnen, der es notwendig macht, einige Ausklärungen zu geben.

Will man die Nachwahl richtig würdigen, so muss die ganze Bewegung seit 1893 aufgerollt werden. Bei der Wahl 1893 wurden 16 509 Stimmen abgegeben, von denen der Konservative 9281, der Liberalen 3998 und wir 3230 erhielten. 1897 starb der damalige Vertreter, Graf Holstein, und es muhte eine Erneuerung statt. Bei dieser Wahl standen sich fünf Kandidaten gegenüber, denn die Nationalsozialen wollten die erste Probe auf das Exempel, uns abzulösen. Mit aller Kraft wurde gearbeitet. Versammlungen über Versammlungen fanden statt, in denen Raumkau, Göthe, Gerlach und der Kandidat Damaskus sprachen. Durch den ganzen Wahlkreis hallte der Ruf der neuen Partei: national und sozial. Die Freisinnigen leisteten sich zwei Kandidaten: Vereinigung und Volkspartei; von unserer Seite kandidierte Genosse Weinheber zum ersten Mal. Das Resultat der Wahl war, dass von 16 210 abgegebenen Stimmen der konservative Kandidat 8177 erhielt; die freisinnige Volkspartei brachte es auf 1785 und die Freisinnige Vereinigung auf 1400 Stimmen; dagegen erhielten der Nationalsoziale 2148 Stimmen und wir 2695. Die Konservativen hatten 1104 und wir 535 Stimmen gegen 1893 verloren. Rechnet man die drei Gruppen der Liberalen zusammen, so hatten diese gegen 1893 einen Zuwachs von 1435 Stimmen zu verzeichnen.

Die Nationalsozialen jubelten; der Anfang, die Sozialdemokratie abzuholen, sei mit großartigem Erfolg gemacht. Die nächste Wahl, so rechneten diese Herren, würde uns im 9. Kreise den Rest geben. Unser Kandidat war es, der in Burg auf Fehmarn dem Pfarrer Namann und in anderen Versammlungen dem Kandidaten der Nationalsozialen, Damaskus, auf deren wiederholten Hinweis, dass die alten Parteien überlebt seien und nur ihre junge Partei vorwärts komme und wir bei der Wahl 1898 noch mehr Stimmen verlieren würden, erklärte, dass letzteres nur in bescheidenem Umfang eintreten könnte, dass aber die neue Partei früher zusammenbrechen werde, ehe es ihr gelingt, die Sozialdemokratie von dem Boden des Klassenkampfes abwendig zu machen. Bei der Wahl 1898 kandidierte der jetzt zum Regierungspräsidenten ernannte Dr. Stockmann Von 16643 abgegebenen Stimmen erhielten der Konservative 9091, der Nationalsoziale 3981, wir 2689 und die Freisinnige Volkspartei 873 Stimmen. Der Konservative holte gegen 1897 ein Mehr von 914 Stimmen, während die gesamten Liberalen um 479 und wir um 6 Stimmen zurückgegangen waren. Bei der Wahl 1903 kandidierte von den Nationalsozialen der sehr redewandte Damaskus nicht mehr, sondern ein Mann, der wenig reden konnte und für den die jüngsten Genossen Dr. Maurenbrecher und G. Hildebrandt die Wahlreden hielten. Das Resultat war 9186 konservative, 4509 sozialistische, 2597 nationalsoziale und 418 Stimmen für die Freisinnige Volkspartei. Der Konservative hatte gegen 1898 ein Mehr von 95 Stimmen, wir ein solches von 1820 Stimmen, während die Liberalen 1839 Stimmen eingebüßt hatten. Unter

diesen 1820 Stimmen, die wir mehr erhalten hatten, standte ein Teil aus bürgerlichem Lager; wir hatten also keine feste Truppe. Wohl hatten wir seit 1898 unsere Organisationen ausgebaut, neue Verbindungen geschaffen, ein neues Lokal erobert (Neustadt) — bis dahin hatten wir ein solches nur in Segeberg —, aber für jeden Kenner lag es klar, dass wir diesmal die errungene Position nur dann halten konnten, wenn die Voraussetzungen von 1903 die gleichen waren. Das traf nicht zu. Die Nationalsozialen hatten nach 1903 ihre Selbständigkeit aufgegeben und sich der Freisinnigen Vereinigung angegliedert, so dass sie bei der Erneuerung mit einem Kandidaten aller Liberalen auf dem Plan erschienen. Dieser Kandidat ist ein redbegabter Mann. Es lag auf der Hand, dass für uns die Situation etwas anders war, als 1903. Alles, was für den Liberalen zu haben war, wurde zur Arbeit herangezogen. Außer dem Kandidaten Dr. Struve sprachen noch die Herren Landtagsabgeordneten Wolfgang Kiel, Rechtsanwalt Springer Neumüller, Sekretär des Handelsvertragsvereins Breitfeld Berlin, Landmann Steinbauer aus Pommern, der ehemalige Reichstagsabgeordnete Spethmann, die Sekretäre Haupt-Hamburg und Sah Kiel, sowie Herr Charneck Kiel von dem Hirsch-Dunderschen Verbande. Versammlungen über Versammlungen fanden seitens der Liberalen statt, in denen von unserer Seite außer dem Kandidaten die Genossen Klüs, Adam, Biscour und Weber aus Kiel, Schneider-Lübeck (außerdem noch die Gen. Löwigt und Stelling-Lübeck, Red. d. L. B.), Müller-Schleswig und Lemer vom Hamburg den Liberalen gegenüber traten. Aber auch die Konservativen, oder wie sich der Kandidat nannte — der Kandidat des Nationalen Wahlvereins und des Bundes der Landwirte — entfalteten eine nie dagewesene Agitation. Zur Unterstützung des Kandidaten hatte der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie drei Redner entsandt, Beuer, Romoll und Ermer, die nicht nur in der Diskussion in den von konservativer Seite einberufenen Versammlungen sprachen, sondern auch selbständig eigene Versammlungen abhielten.

Wir waren auch nicht müßig, galt es doch, allen Hindernissen zum Trotz, vorwärts zu kommen. Die Sitzung war eine gute, weil unsere Bewegung in den letzten Jahren gute Fortschritte machte. Eigene Versammlungen hatten wir in Segeberg, Neustadt, Reinbek, Horpen, Nendorf, Nehorst, Behlendorf, Heidkamp (außerdem in Heilberg und Gr. Weienberg, Red. d. L. B.) und St. Margarethen, in denen außer dem Kandidaten die Genossen Baeplow, Kimmel, Lemenkow, Frau Bieck, Adler-Kiel und Schneider-Lübeck, ferner die Gen. Wissel und Stelling-Lübeck sprachen. Alle Versammlungen, mit Ausnahme von Segeberg und Neustadt, waren im Kreise Stormarn und es lag begründete Ursache auf einer Ausschwung vor. Auch für Segeberg und Neustadt erwarteten wir eine Stimmenzunahme. Das Gegenteil trat ein. Mit wenigen Ausnahmen, wie Reinbek, Horpen und einige andere Orte, verloren wir im Kreise Stormarn über 100 Stimmen. Dasselbe Verhältnis trifft auf die Kreise Börn, Segeberg und Oldenburg zu und speziell sind es Neustadt und Segeberg, die einen großen Rückgang zeigen. Die Frage, welche Ursachen haben einen solchen Rückgang verursacht? drängt sich allen Genossen auf und soll diese Frage hiermit ihre Beantwortung finden. Ganz außerordentlich wurde uns der "Vorwärts"-Konflikt vorgehalten. Seht doch die Partei, die vorgibt, die freie Meinungsäußerung zu fördern und in ihrem Lager einem solchen Terrorismus huldigt. Dass dieser Vorhang von unseren Gegnern ausgebeutet wurde, liegt klar auf der Hand. Aber es kam noch hinzu, dass drei Abgeordnete unserer Partei die bekannte Erklärung in bezug auf den politischen Massenstreik losgelassen hatten. Und für sich ist das eine private Angelegenheit der betreffenden drei Genossen, in unseren Parteileuten hat man nur den Kopf darüber geschüttelt; aber wie es sich so trifft, die Erklärung wurde gegen unseren Kandidaten, der ja für den politischen Massenstreik, wie die Resolution von Jena besagt,

eintritt, ausgespielt und zwar wie folgt: Für Segeberg und Neustadt waren drei Versammlungen geplant, in denen die Genossen Bömelburg, v. Elm und unser Kandidat reden sollten. Für Bömelburg, der geschäftlich verhindert war, sprach Genosse Baeplow. Dann wurde Genosse v. Elm als Referent angeläufigt; aber auch v. Elm kam nicht, dafür kamen die Genossen Lemenkow und Kimmel. Die Gegner erklärten: Ja, warum kommt denn von Elm nicht? Auch unsere Genossen waren sehr ungedhalten; sie erklärten, dass es lediglich eine Vorstellung dieser Redner gewesen sei. Unsere Gegner gingen aber weiter und sagten, der v. Elm ist wahrscheinlich deshalb nicht gekommen, weil er sich mit dem Kandidaten Weinheber nicht in Widerspruch setzen wollte. Denn v. Elm und Weinheber sind ja wegen der "Vorwärts"-Angelegenheit extra nach Berlin gefahren, natürlich ohne Erfolg. Sie — also, diese beiden Abgeordneten — sind für das gute Recht der sechs Redakteure eingetreten, während der Kandidat einen anderen Standpunkt einnimmt. Gerade die Redner vom Reichsverband erklärten, es wäre ein Schauspiel für Götter gewesen, wenn sie, die Reichsverbändler, den Genossen v. Elm gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie hätten ausspielen können. Das, so folgerten die Verbändler, scheint v. Elm gehabt zu haben und so blieb er fern. Wenn die Sache auch keinen positiven Erfolg hatte, so zeigt der Vorgang doch, wie gearbeitet wurde. Bei den Liberalen wurde ein zugkräftiger Trick angewandt. Diese Redner, und speziell der Kandidat selbst, erklärten, dass es notwendig sei, die Konservativen aus dem Sattel zu heben. Bei ihrem ersten Flugblatt widmeten uns diese Leute 46 Seiten, den Konservativen aber nur 29. Dieses kann aber nur durch einen Liberalen geschehen. Die Wähler müssen alle zur Wahl gehen und speziell die Arbeiter, Kleinbetriebsbetreibende, Bauern usw. sollen bedenken, dass, wenn der Sozialdemokrat mit dem Konservativen in Stichwahl kommt, es ganz ausgeschlossen sei, dass ersterer gewählt würde, weil das Bürgertum von Revolution, politischem Massenstreik, Diktatur des Proletariats nichts wissen will und darum nicht für den Sozialdemokraten stimmen werde; um so weniger, weil der Sozialdemokrat gegen die Klottervermehrung sei, also die Bevölkerung nicht stärken will, überhaupt in allen nationalen Fragen verfüge. Kommt aber der Liberalen mit dem Konservativen in die Stichwahl, so erfordert es der Selbstbehauptungsstreit der Sozialdemokraten, für den Liberalen einzutreten, wenn sie, die Sozialdemokraten, nicht Schlepper der Reaktion werden und Raubtan an den freiheitlich geführten Kräften des Volkes treiben wollen. Ein unglücklicher Krieg, zumal zur See, würde genügen, um schon nach wenigen Wochen den größten Teil der für den Export arbeitenden sozialdemokratischen Arbeiterscharen brotlos auf die Straße zu werfen. Das Brot der Arbeiter hängt mehr, als das irgend eines anderen Standes, an unseren Waffen und unseren Schiffen. Wer also die konservative Herrschaft brechen will, wer für politische Freiheiten kämpft, wer gegen Schutzölkrieg ist, die den Lebensunterhalt ganz bedenkend verneint, wer Deutschlands Handel schützen will, wer das und das noch will und dieses und jenes nicht will, der muss gleich in der Hauptwahl für den Liberalen stimmen; so und nicht anders ist diese Hochburg der Konservativen zu stürmen. Marx sieht, es war System in der Sache. Zugeben wollen wir, dass ein Teil der Wähler, speziell in den Städten, aus Hass gegen die konservative Herrschaft diesen Rottensängerbünden folgte, was aus den bisher vorliegenden Resultaten ersichtlich ist. Sobald die tabellarische Übersicht vorliegt, werden wir eventuell näher darauf eingehen. So und nicht anders ist unser Rückgang und der Aufschwung des geistigen Liberalismus, der ja die alte Glanzperiode herbeiführen will, zu erklären.

In Betracht kommt ferner, dass die gegenwärtige Wahlzeit für uns eine sehr ungünstige war; es fehlten die fremden Wahlkräfte, die im Sommer vorhanden sind. Ein weiterer Umstand für die sehr schwierige Agitation in dem

G O D !

Ein Kalifornisches Lebenbild.
Von Friedrich Geßäcker.

(104. Fortsetzung.)

"Um Gottes willen, wen habt Ihr hier noch bei Euch?" fragte Byles, fast in die Knie sinkend.

"Den selben Mann, den die Geschworenen oder die würtigen Bürger des Paradieses gestern fast gerade jenes Murdes wegen gehangen hätten," sagte der Sheriff finster. "So hat er auch das Gold von Euch erhalten?"

"Ja," schwäte der junge Bursche; "will ich aber fürchte, dass mich Sifflie über den Haufen schlässe, wenn ich es gestünde, leugne ich es, aber — jetzt leidet es mich nicht länger. Jener Mann ist unschuldig. Am Tage vorher, ehe der Leichnam gefunden wurde, kam Sifflie in das Lager und als ich ihm, da ich ihn von früher her kannte, im Gespräch sagte, dass jener Smith hier sei, mit dem er jetzt wieder so eng befreundet ist, borgte er mir in aller Freude darüber einige Urzen Gold —"

"Und er schien auf jenen Mr. Smith nicht besonders gut zu sprechen?"

"Wie es mir vor kam, war er gegen ihn aufgebracht, und ich wunderte mich sehr, als sie am andern Morgen wieder Compagnie machten."

"Und bemerkst Ihr damals nicht sonst noch etwas Auffälliges an Sifflie?"

"Ja," sagte Byles leise — "was mir aber erst später auffiel. Als er mir das Gold gab, sah ich Blut an seiner Hand — er wollte sich in den Dornen gerissen haben."

"Ach habt Ihr mit ihm darüber schon gesprochen?"

"Ja — über das Blut nicht, aber über das Stück Gold — er sagte, er habe es von einem Wzlaner im Spiel gewonnen, wollte aber nicht mit in die Geschichte ver-

wickele werden, und drohte mir, wenn ich ein Wort darüber sage, mit dem Tode. — Jetzt ist es heraus — jetzt wisst Ihr alles — ich habe mein Gewissen frei gemacht und nun lohnt mich fort. Wenn mich Sifflie wiederfindet, schlägt er mich so gewiss nieder, wie Ihr hier vor mir steht. Ihr kennt ihn nicht und ich — wäre der erste nicht."

"Mein, mein Bursche," sagte aber Hale, der sich indessen bei der Erzählung vollkommen angezogen hatte, "vorlosen kann ich Euch jetzt nicht, denn ohne Euch fiele unter ganzem Anklage zusammen. Aber darauf kommt Ihr Euch verloren, dass Euch der Schuft nichts mehr schaden soll; für Eure Sicherheit bürgt ich Euch. Zu Eurer eigenen Rechtfertigung rüft Ihr aber auch jetzt hier bleiben, denn nach Eurem Geständnisse, dass der Engländer das Gold wirklich von Euch erhalten hat, würde man Euch den Augenblick für den Mörder halten, sobald Ihr Euch aus dem Staube machtet, und Sifflie wäre der erste, der es auf Euch zurückwälzte. Dass er übrigens unschuldig gemacht werden soll, ehe Ihr mit ihm zusammentrefft, dafür lasst mich mich sorgen. Nachher habt Ihr immer noch Zeit, Eurer Wege zu gehen. Jetzt bleibt einen Augenblick hier bei Golwey, ich bin in fünf Minuten wieder da. Ihr geht nicht fort? — Ihr versprecht mir das?"

"Ich will hierbleiben," sagte der junge Bursche und sank zitternd auf den nächsten Stuhl nieder, während Hale, der vorher den Engländer etwas zugeschaut hatte, riss das Zelt verließ. Byles mochte er aber trotzdem nicht trauen, denn noch kaum zwei Minuten war er schon wieder da und ging jetzt ungeduldig in seinem Zelt auf und ab. Er hatte nur den in dem Nachbarzelt schlafenden Cook geweckt und diesem bedeutet, den Altkalen angenehmlich herüber zu holen. Zehn Minuten später traten beide Männer in das Sheriffs Zelt, und riss mit dem Vorgetülpen herunter, ging Helton fort, um den Distrikts Judge von Golden bottom und dessen Deute zu wecken. Mit diesen wollten sie Sifflie's Zelt umstellen und den Mörder verhaften.

Es dauerte nur sehr kurze Zeit, bis die Männer von Golden bottom, mit ihren Büchsen auf den Schultern, gerüstet vor des Sheriffs Zelt erschienen. Zwei von ihnen wurden übrigens bei Byles zurückgelassen, eine mögliche Flucht dasselbe zu verhindern, und die übrigen schritten rasch und geräuschlos die Straße hinauf, bis sie das von dem Sheriff bezeichnete Zelt erreichten.

Es war indessen eben Tag geworden und die Sonne lag totenstill vor ihnen. Hier und da hatte wohl ein oder der andere Händler neugierig und überrascht aus seinem Zelt herausgeschaut, als er den gleichmäßigen Schritt des Schatzraubens hörte — aber keiner derselben stand ihnen Rede und Sifflie's Zelt wurde von den Bewohnern umzingelt, ehe die Bewohner derselben nur eine Ahnung davon haben konnten. Unterwegs war übrigens schon verabredet worden, wie sie handeln wollten, denn man erwartete von dem Spieler einen verzweifelten Widerstand — im Fall er sich nämlich wirklich schuldig fühlte. Entkommen konnte er jedoch trotzdem nicht, denn der Platz war vollständig umzingelt und an der einen Seite außerdem von einer breiten und tiefen Grube begrenzt.

Hale schritt jetzt, vor zwei jungen, kräftigen Burschen begleitet, aus den Gang zu. Alle drei hatten ihre Revolver schussfertig in der Hand — kein Laut war aber im Ganzen zu hören, ein leises knirschhaftes Söhnen ausgenommen. — Sie horchten — jetzt war alles wieder ruhig, und der Sheriff, mit der rechten Hand die Waffe vorhaltend, warf mit der Linken die Reitwand zurück, die den Gang verhüllte.

Sifflie — im Namen des — "Er kam nicht weiter, und starr vor Entsetzen blieb er bei dem durchbrennen Schauspiel stehen, das sich seinen Augen bot. Nicht einmal im Stunde war er, einen Laut anzufinden, und nur mit der Hand winkte er zurück — ein Brüllen, die Uebrigen möchten herbeikommen.

Neben den Spieler aber hatten sie die Macht verloren,

sehr großen Kreise — derselbe erstreckt sich von Oldesloe bis Schleswig und geht bis Neumünster und Schleswig heran — ist das Zentrum jeglicher Industrie und damit verbunden ist das Anwachsen des Südens an Einwohnern. So hat Oldenburg 50 Einwohner weniger als 1900 und bei Lübeck, Hamburg sind es sogar 121. Die Arbeiter — unsere Wähler — ziehen wegen ungünstiger Arbeit weg und müssen daher die ganze Zeit über eine intensive Agitation betrieben werden, um unsere Bewegung hochzuhalten. Wir haben keinen Grund, wegen dieses Resultats eine andere Taktik einzuschlagen; im Gegenteil, mit aller Stärke sind unsere Verteilungen vertreten worden in sehr ungünstigen Positionen.

Viele Umstände wirken gegen uns. Der Ausfall hat uns wieder gezeigt, wo wir den Hebel einzuspielen haben. Das Ziel erkannt, alle Kräfte auf Errichtung dieses Ziels angespannt, so werden wir, die Schwarzböker bestreite schreien, die Agitation weiter führen und wir wissen, wir werden, die vorwärts schreiten.

Soziales und Parteileben.

Der Streit auf der Brücke Wittenbabsbank bei Dortmund ist beendet, nachdem den Delegierten der Streikenden eine Aufhebung der Löhne der Schlepper und Pferdeleiter versprochen worden ist.

Streikbruch — eine lokale Handlung! Der lokale Oberbürgermeister Wolfram in Augsburg hat in der letzten Sitzung des Stadtmagistrats den Streikbrecher (beim Gasarbeiterstreik) für ihre lokale Haltung, die öffentliche Anerkennung der Stadtverwaltung ausgesprochen. — Ganz im Sinne des fittenstrengen Grafen Bojodowsky!

Anerkennungslage an städtische Angestellte in Berlin. In der letzten Magistratsitzung wurde beschlossen, entsprechend einem Antrag aus der Stadtverordnetenversammlung, aus Anlaß der Tenterung eines Jüdischen zum Gehalt den städtischen Beamten und Arbeitern zu gewähren. Es sollen erhalten die Beamten, die ein Gehalt von 2000 M. und darüber beziehen, einen Beitrag von 75 M. und die Arbeiter je 50 Pf. Der Beitrag wird in zwei Raten, im Dezember und Mitte Januar, gezahlt werden. Die hierfür aufzuhwendende Gesamtsumme betrifft sich auf 750 000 M. Die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung wird nicht bevestigt.

Ein Beitrag zur Notwendigkeit der Gewerbegefechte für Landarbeiter. Im Dorfe E. im Kreise Gumbinnen hatte sich ein älterer, kränklicher Landarbeiter bei einem Besitzer als Hirte vermietet. Am 6. August d. J. befahl der Besitzer ihm, er solle auf dem Felde Gerste bauen. Der Hirte erwiderte in durchaus beschwerlichem Tone, er könne diese schwere Arbeit nicht machen, denn er habe erhebliche Schmerzen im Rücken und Schwund im Kopfe, wenn er sich zur Eide bücke. Mit Rücksicht auf die dringende Ernte Arbeit sei er aber bereit, Hafer zu mähen. Der Besitzer bestand jedoch auf seinem Beclagen und war über die Weigerung des alten Hirten so empört, daß er dieser sofort aus der Arbeit entließ und bei dem Amtsgericht einen Strafantrag wegen Beweisstellung des Geschäftes stellte. Der Amtsgerichtsrat schickte dem Hirten schon am nächsten Tage eine Strafverfügung über 10 Mark oder zwei Tage Haft wegen Ungehorsams und Widerwilligkeit im Dienste des Landes vom 24. April 1854. Gegen diesen Strafspruch erhob der Hirte unter Begründung seiner Arbeitsunfähigkeit Beschwerde beim Landrat. Wie ungestraft die Strafverfügung des Amtsgerichts war, geht daraus hervor, daß nun, als der Amtsgerichter veranlaßt wurde, Hafer zu vernehmen und den Fall genau zu untersuchen, der selbe Amtsgerichter folgende schriftliche Entscheidung des Richters zusetzte:

Entscheidung.

In der Schiedsgerichtssache zwischen dem Hirten E. und dem Besitzer F., beide aus E., wird hiermit folgende Entscheidung getroffen: Der Hirte E. ist in seinem Diensthalbjahr und somit auch in seiner Wohnung und mit seinem vollen Lohn bis zum Abschluß seiner kontraktlichen Dienstzeit zu behalten.

Gründe:

Die Aussagen der zu Prototyp vereinigten Zeugen haben keinen Beweis dafür ergeben, daß E. ungehorsam und widerwillig gegenüber den Anordnungen seines Besitzers gehandelt ist, bis auf einen Fall, wo E. Gerste hin-

ab den sollte. Dieser Fall erscheint jedoch durch krankhaftes Zustände des E. ausreichend entschuldigt. Die gegen E. erlassene Strafverfügung wird hiermit aufgehoben. Gegen diese Entscheidung steht den Parteien die Beschreibung des Rechtsweges frei.

Der Besitzer hält die Entlassung trotzdem aufrecht und erhob gegen die Entscheidung Widerspruch. Der alte Mann hatte vom Besitzer ein rückständiges Lohn und $6\frac{1}{2}$ Scheffel Roggen, 2 Scheffel Getreide, $1\frac{1}{2}$ Scheffel Erbsen und 5 Zentner Steinkohlen zu bekommen. Mit der Entscheidung in der Hand ging er zum Besitzer und bat um seinen verdienten Lohn. Dieser lehnte das Begehr mit den Worten ab, er habe die Sache einem Rechtsanwalt übergeben und habe mit ihm nichts mehr zu tun. Dem Hirten stand auch kontrollisch das Messer einer Kuh, die 6 Liter Milch pro Tag gab, zu seinem Bedarf zu. Auch dies wurde ihm vom Tage der Entlassung ab entzogen. Ferner hatte er 9 Scheffel Kartoffeln ausgezehgt. Davon sollte er jetzt nur den vierten Teil erhalten. So stand denn der Mann vollständig mittellos mit seiner Familie da. Ihm blieb die Hoffnung, daß vielleicht noch Monaten das zuständige Amtsgericht der Entscheidung des Amtsgerichts Rechtskraft verleihen könnte. Zugzwischen hatte der Besitzer durch seinen Rechtsanwalt die Entlassungslage gegen den Landarbeiter angefangen. In dem vierten Termine, der vor dem Amtsgericht in dieser Angelegenheit stattfand, beschwore der Besitzer, daß der Arbeiter ihm im Sommer einmal mit dem Klingenstock gedroht habe zu schlagen. Nur aus diesem Grunde halte er jetzt die Entlassung aufrecht. Der Arbeiter bestritt das ganz entschieden. Ein Rechtsanwalt stand ihm aber nicht zur Seite. In seiner Rechtskenntnis und Erfahrungheit vor Gericht ging er auf den Vorwurf des Richters, sich als schuldig zu erkennen, ein. Die Folge dieses Anerkennisses war seine Verurteilung. Außerdem hat der kränkliche, mit seiner Familie ruinierte Mann noch 13 60 M. Kosten für den gegnerischen Anwalt zu zahlen. Freilich könnte der Hirte seinen Anspruch auch jetzt noch weiter verfolgen — aber ihm steht das leider abgegebene Maerkennnis entgegen und über dies würden viele Morale vergehen, bis etwa zu seinen Gunsten entschieden wird.

Der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen soll Große W. an sich, Redakteur des "Volkswillen" in Hannover, sich schuldig gemacht haben durch Adukt des Artikels: "Nieder mit dem Dreiklassenparlament!"

Parteipresse. Große Wendel tritt am 1. Januar in die Redaktion der "Chemnitzer Volksstimme" ein. Er befürchtete sich bisher als freier Schriftsteller in der Parteipresse, war auch in Dresden in letzter Zeit agitatorisch für die Partei tätig.

Das Mal und Kau.

Der Pastor als Schulinspektor. Ein merkwürdiges Vorkommen aus den Schulhäusern in Nürnberg (Schlesien) interessiert dort weite Kreise. Der Schulinspektor Heinze ist am 3. Dezember 1890 geboren. Er vollendete also bereits vor einem Jahre das 14. Lebensjahr und Ostern dieses Jahres war seine achtjährige Schulpflicht abgelaufen. Schulinspektor der evangelischen Schule ist der Pastor Zippel, bei dem der Nachbar des Vorstandes-Unterricht besuchte. Im Dezember hatte er einmal den Vorstand-Unterricht verpasst und war zur Jagd mitgegangen. In der nächstfolgenden Unterrichtsstunde fragte also dann der Pastor den Jungen, was er für seine Teilnahme an der Jagd bekommen habe. Es waren dies 40 Pf. gewesen, und der Pastor sagte darauf, er solle 50 Pf. als Strafe mitbringen!! In der folgenden Stunde fragte nun der Pastor den Jungen, ob er die 50 Pf. mitgebracht habe, und als dies nicht der Fall war, entsetzte er ihn aus dem Konfirmanden-Unterricht. Am 31. März, als die Konfirmanden aus der Schule entlassen wurden, wurde dem jungen Mann, für den seine Mutter bereits eine Lehrstelle bei einem Tischlermeister besorgt hatte, eröffnet, daß er die Schule so ein Jahr länger zu besuchen habe. Die Mutter schickte aber den Jungen nicht mehr zur Schule und deshalb wurden gegen sie Strafen festgelegt. Die Frau wandte sich nun beschwichtigend an das Ober-Konsistorium in Breslau und im weiteren Fortzuge an den Regierungsräten und zuletzt an den Kultusminister. Da der ersten beiden Forderungen wurde sie mit dem Einschicken den Raum zu entlassen, abgewiesen. Der Entschluß des Ministers steht noch aus. Das Schöffengericht in Neumarkt hat aber gegen die Frau zunächst wegen zehn Tage, die der Nachbar auch noch nach dem Bescheide des Regierungspräfekten gestellt hat, befunden.

Zweifel bleibt, wer die Tat verübt und weshalb sie verübt wurde. Hale kannte genau die Vorgänge jenes Tages, an dem die beiden Jungen, die jetzt rasch hintereinander ihr Schild aufstellten, jene armen Tiere von Chinesen überfallen, misshandelt und vertrieben hatten. Es sahen auch garnicht in ihrer Abigkeit gelogen zu haben, ihre Tat zu verheimlichen, denn mit dem von ihr selber abgeschafften Kopf des einen war Sifly erwürgt und dann daran halb aufgehängt worden.

Ein Teil der Amerikaner wollte jetzt allerdings gleich den Wörtern nach, Hale hielt sie aber noch zurück, um erst die Unterredung im Bett vorzunehmen, und erzählte ihnen dabei, wie die Chinesen gerade ganz unerwartet lächerweise von Sifly und Cato überfallen und verantwortet worden waren. Daß sie hier weiter nichts gewollt, als Rache für den entlaufenen Kampf zu üben, bewies auch das zurückgelassene Gold der beiden Spieler, das sie nicht angerührt und nach dem sie sich wortloschließlich gar nicht umgesehen hatten. Als Hale aber, von Hertha und Cato dabei unterstellt das Sifly entzogene zu untersuchen, fand sich in der Tat Siflys Brust bestimmt und noch zwei Stunde später, die Gold unentdeckt als früher Sifys gehörig erkannt. Ein kleiner trennungsloser Stoff war dabei und ein anderes mit drei Diamanten, die ein regelmäßiges Dreieck bildeten.

Sifly war allerdings losgezogen, aber noch nicht freigelassen, um vielleicht von ihm noch mehr über seinen späteren Aufenthaltsort zu erfahren. Es bedurfte übrigens kaum einer Nachforderung an den armen Cato, denn hier in der letzten Zeit geriet er häufig mißhandelt worden, denn er war körperlich und geistig ganz geschwächt. Bleib, und nicht einsam mehr aufrecht zu stehen, sagte er zusammenfassend auf seinem Bett, und wenn er auch von dem durch Sifys verläßten Raum keine Ahnung habe, gefund er doch

benter der Schule vergeblich war, auf eine Geldstrafe von 3 M. erkannt. Pastor Zippel hatte hier ausgesagt, daß dem Nachen für seine Entlassung aus der Schule der Konfirmations-Unterricht fehle. Die Frau legte gegen das Urteil Berufung ein. Die Breslauer Strafgericht hält jedoch das erste Urteil aufrecht. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Frau nicht berechtigt war, den Nachen von der Schule fernzuhalten, bevor sie in ihrem Wehrbeweise einen obigendes Urteil erzielt habe. Das heißt mit anderen Worten: Ein Nachen kann nicht aus der Schule fernzuhalten werden, weil er wegen mangelnden Konfirmations-Unterrichts nicht ordnungsmäßig entlassen werden ist. Und er wurde nicht entlassen, weil der Pastor den Konfirmations-Unterricht verweigerte. Ergo: Der Pastor kann den Unterricht verweigern, der Nachen muß bis an sein Lebensende in die Schule gehen, und wenn er nicht geht, wird er bestraft. Der Fall lehrt aber anfs neue und einzigartig, daß die Religion in der Schule ein Un ding darstellt. Sobald als möglich sollte sie betreut werden!

Eine Familientragedie ereignete sich in dem Dorfe Steinbeck. Salzwedel. Der Grundbesitzer Heinrich Bernkennet der seit gerammter Zeit stark der Fleische zusprach, geriet in betrunkenem Zustand mit seiner Frau in einen Streit, ergriß sein Jagdgewehr und schoß die Frau nieder; der Tod trat auf der Stelle ein. Dann flüchtete der Täter in eine nahe Tannenhecke und entlebte sich durch zwei Schüsse in den Mund, der Kopf wurde ihm vollständig auseinandergerissen.

Duellfeuer. In Aachen fand ein Säbelduell zwischen einem Offizier des 40. Regiments, der Fochmelster des Regiments ist, und einem Studenten der technischen Hochschule statt. Der Student wurde so zugerichtet, daß er in's Krankenhaus geschafft werden mußte.

Eine Hundesexzesse fordert das liberale "Tagblatt" in Lindau am Bodensee. Das Blatt verlangt ein Verbot des Umherlaufens von Hunden in ebleiblichen Geschlechts, damit die Sittlichkeit — besonders die der Kinder — nicht geschädigt werde. Das ist nicht etwa ein schlechter Witz, vielleicht gar eines Ultramontanen, sondern es steht wortwörtlich in der Nr. 291 des genannten liberalen Blattes zu lesen.

Aus unserer göttlichen Weltordnung. Von den Verfechtern der heutigen Gesellschaftsordnung werden die gegenwärtigen Zustände bei jeder Gelegenheit über den grünen Tee gepriesen. Das Massenleid wird mit den landläufigen Redensarten abgetan, wie es sei immer so gewesen, wer arbeiten will, finde Arbeit, oder aber für die Armen und Hungrigen werde ja durch den Staat und auch in privater Weise ausreichend gesorgt. Wir wollen diesen Redensarten nur ein paar nötige Tatsachen entgegenstellen. Durch die Presse geht folgende Notiz: Ein tristes Bild von Künstlerleben bietet eine Altenberaten- und Puppenspieler-Gesellschaft, die gegenwärtig von Ort zu Ort durch das Havelland zieht. In einem engen Wagen, der nahe daran ist, jeden Augenblick zusammenzubrechen, haust eine ganze Familie, der Vater mit sechs Kindern, von denen das jüngste zwei Jahre alt ist; die Frau hat sich in voller Verzweiflung von den Kindern getrennt und ist verschollen. In dem Wagen, der nur ein kleines Fenster mit zerbrochenen Glasscheiben besitzt, liegen die Kinder nachts in düstige Decken gehüllt auf dem bloßen Fußboden; der Eingang zum Wagen ist durch einen Sack geschlossen. Das Pferd ist vor Hunger umgekommen. So lebt die Familie nur von den milden Gaben der Landbewohner, durch deren Oeffnungen sie kommt.

Literarisches.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lili Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.). Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert! Ist soeben das 37. Heft erschienen, das folgenden Inhalt hat: Gosien: Die preußische Wahlreform. — Am Tage der preußischen Thronrede. — Die Wahlrechts-Demonstration in Chemnitz. — Der 28. November in Wien. — Weihnacht "Wohlbürgert". — Albert Südekum: Der Steuerstreit. — Die Polizei-Polizei. — Von einem preußischen Schullehrer. — Wilhelm Kolb: Nachträgliches zu den badischen Landtagswahlen. — Ernst Deinhardt: Eine neue Kampfstatik der Unternehmer? — Leo Berg: Berliner Theater. — Gruß Beetzang: Zweifel.

Zweifel bleiben, wer die Tat verübt und weshalb sie verübt wurde. Hale kannte genau die Vorgänge jenes Tages, an dem die beiden Jungen, die jetzt rasch hintereinander ihr Schild aufstellten, jene armen Tiere von Chinesen überfallen, misshandelt und vertrieben hatten. Es sahen auch garnicht in ihrer Abigkeit gelogen zu haben, ihre Tat zu verheimlichen, denn mit dem von ihr selber abgeschafften Kopf des einen war Sifly erwürgt und dann daran halb aufgehängt worden.

Ein Teil der Amerikaner wollte jetzt allerdings gleich den Wörtern nach, Hale hielt sie aber noch zurück, um erst die Unterredung im Bett vorzunehmen, und erzählte ihnen dabei, wie die Chinesen gerade ganz unerwartet lächerweise von Sifly und Cato überfallen und verantwortet worden waren. Daß sie hier weiter nichts gewollt, als Rache für den entlaufenen Kampf zu üben, bewies auch das zurückgelassene Gold der beiden Spieler, das sie nicht angerührt und nach dem sie sich wortloschließlich gar nicht umgesehen hatten. Als Hale aber, von Hertha und Cato dabei untersucht das Sifly entzogene zu untersuchen, fand sich in der Tat Siflys Brust bestimmt und noch zwei Stunde später, die Gold unentdeckt als früher Sifys gehörig erkannt. Ein kleiner trennungsloser Stoff war dabei und ein anderes mit drei Diamanten, die ein regelmäßiges Dreieck bildeten.

Sifly war allerdings losgezogen, aber noch nicht freigelassen, um vielleicht von ihm noch mehr über seinen späteren Aufenthaltsort zu erfahren. Es bedurfte übrigens kaum einer Nachforderung an den armen Cato, denn hier in der letzten Zeit geriet er häufig mißhandelt worden, denn er war körperlich und geistig ganz geschwächt. Bleib, und nicht einsam mehr aufrecht zu stehen, sagte er zusammenfassend auf seinem Bett, und wenn er auch von dem durch Sifys verläßten Raum keine Ahnung habe, gefund er doch

(Fortsetzung folgt.)